Datum: 02. Juni 2023

Alexander Throm im Gespräch mit Maria Grunwald

Maria Grunwald: Illegale Migration bekämpfen, die Zahl der Zuwanderer reduzieren, vor allem derjenigen, die keine Chance auf Asyl haben – das ist ein Ziel all der Kommunen, die seit Monaten ächzen und nicht wissen, wie sie Flüchtlinge noch unterbringen sollen. Und es ist auch ein Ziel von Bundesinnenministerin Nancy Faeser, die diesen Dienstag im deutsch-polnischen Grenzgebiet unterwegs war. Ähnlich wie zuvor auch schon an der deutsch-tschechischen Grenze möchte sie zwar künftig mehr Bundespolizisten an der Grenze zu Polen einsetzen, aber sie möchte keine stationären Grenzkontrollen der Bundespolizei, so wie es sie bislang nur an der Grenze zwischen Bayern und Österreich gibt.

Zum Verständnis: Flüchtlinge dürfen an Schengen-Binnengrenzen von der Bundespolizei nur zurückgewiesen werden, wenn eine Wiedereinführung von Grenzkontrollen gegenüber der EU-Kommission gemeldet, im Fachjargon notifiziert wurde.

Dass die Bundespolizei aber die Befugnis für Zurückweisungen an der Grenze zu Polen bekommt und Grenzkontrollen wieder eingeführt werden, das forderten diese Woche erneut lautstark die CDU-Innenminister der Länder Sachsen und Brandenburg, also der Bundesländer, die an Polen grenzen, die besonders betroffen sind, und auch der innenpolitische Sprecher der Unions-Fraktion im Bundestag, Alexander Throm fordert das. Er ist uns jetzt zugeschaltet. – Guten Morgen, Herr Throm.

Alexander Throm: Ja, guten Morgen!

Grunwald: Herr Throm, warum, sagen Sie, brauchen wir diese Grenzkontrollen?

Throm: Weil wir uns mitten in einer Migrationskrise befinden und die Zahl der irregulären Grenzübertritte insbesondere über die Grenze von Polen nach Deutschland dramatisch zugenommen hat in den letzten Monaten. Da wird insbesondere auch der Reiseweg etwa aus der Türkei oder dem Libanon, Jordanien direkt über Russland und Belarus von diesen beiden Staaten Russland und Belarus missbraucht, um Flüchtlinge quasi nach Europa zu schleusen, und deswegen ist das momentan die am stärksten belastete Außengrenze, EU-Binnengrenze Deutschlands und hier müssen wir mehr Kontrolle in das System bringen.

Grunwald: Und nur, wenn es stationäre Grenzkontrollen gibt, die gegenüber der EU-Kommission gemeldet, notifiziert wurden, nur dann kann die Bundespolizei Flüchtlinge zurückweisen?

Throm: Dann haben wir mehr Kontrolle direkt an der Grenze, wissen woher die Menschen kommen. Wir brauchen Binnengrenzkontrolle, stationäre, flexible lage-angepasste Binnengrenzkontrollen, parallel zu der bereits heute stattfindenden Schleierfahndung, damit diese auch nicht umgangen werden können. Ja, und dann können in eng begrenzten Fällen, nicht in jedem Fall, in eng begrenzten Fällen, etwa wenn ein Einreiseverbot besteht oder auch kein Asylantrag direkt gestellt wird, auch Zurückweisungen stattfinden. Und das geht nur, wenn sie bei der Europäischen Kommission notifiziert sind.

Grunwald: Sie haben es gerade gesagt: Nur in einigen Fällen kann zurückgewiesen werden. Beispielsweise Menschen mit einer Wiedereinreisesperre, die könnte man zurückweisen. Besteht aber dann nicht auch die Gefahr, was zum Beispiel Organisationen wie Pro Asyl sagen, wenn man einfacher abweisen kann, zurückweisen kann, dass berechtigt Schutzsuchende zurückgewiesen werden?

Throm: Ich denke, da sollten wir unseren hochqualifizierten Bundespolizistinnen und Polizisten schon vertrauen, die das dort machen. Nochmals:

Frau Faeser hat ja erst Anfang Mai an der Grenze zu Österreich die Binnengrenzkontrollen um stationäre Binnengrenzkontrollen um sechs Monate verlängert. Der Grenzdruck, die Zahl der irregulären Grenzübergänge im April ist an der deutsch-polnischen Grenze doppelt so hoch wie an der deutsch-österreichischen. Deswegen ist ihr Verhalten in diesem Sinne, dass sie es zu Österreich macht, aber nicht zu Polen, widersprüchlich.

Grunwald: Sie haben es gerade gesagt, dass die Zahlen hochgehen. Wenn wir jetzt mal auf die Zahl derjenigen Menschen schauen, die einen Antrag auf Asyl stellen, dann stellen wir fest, da hat es eine große Steigerung gegeben. Aber die meisten der Antragsteller kamen aus Syrien und Afghanistan und gerade die Menschen aus diesen Ländern haben ja höhere Chancen auf Asyl. Noch mal: Besteht nicht die Gefahr, dass diese nicht zu ihrem Recht kommen, wenn man diese stationären Grenzkontrollen einführt?

Throm: Nein, diese Gefahr sehe ich in keinster Weise, weil alle, die nach Deutschland kommen, kommen ja bereits über ein sicheres Drittland, über ein anderes europäisches Land. Insofern sehe ich diese Gefahr in keinster Weise. Und im Übrigen nochmals: Wir sollten da schon auf die vertrauen, die im Dienste auch der Frau Faeser sind, nämlich die Bundespolizistinnen und Bundespolizisten. Die wissen sehr genau, wie sie damit umgehen können und müssen. Aber wir müssen auch den Druck beispielsweise auf die Schleuser erhöhen und wir müssen auch unseren europäischen Nachbarn durchaus signalisieren, dass wir mehr Kontrolle an unseren Binnengrenzen haben.

Grunwald: Und wie erhöhen wir den Druck auf die Schleuser?

Throm: Indem wir feststellen, wann und über welche Routen und über welche Grenzen entsprechende irreguläre Grenzübertritte stattfinden. Ich will nur auf eines hinweisen: Das ist nichts, was wir nur in Deutschland diskutieren. Frankreich hat eben aus diesem Grund zum 1. Mai zu allen

seinen europäischen Binnengrenzen derartige notifizierte stationäre Grenzkontrollen eingeführt und dort ist der Migrationsdruck bei weitem nicht so hoch wie nach Deutschland.

Grunwald: Nichts desto trotz: Binnengrenzkontrollen dürfen rechtlich betrachtet nur wiedereingeführt werden, temporär wiedereingeführt werden, wenn es eine, so heißt es, ernsthafte Bedrohung der öffentlichen Ordnung oder der inneren Sicherheit gibt. Ist unsere öffentliche Ordnung wirklich so ernsthaft bedroht?

Throm: Ja! Wir sind, ich sage es nochmals, mitten in einer Migrationskrise. Wir haben extrem hohe Asylzugangs-, Asylantragszahlen, insbesondere auch über den Reiseweg von Polen nach Deutschland. Dieser hat dramatisch zugenommen in den letzten Monaten. Darüber hinaus (die besondere Situation) – und das gab es jedenfalls so noch nicht – wird dieser Weg auch als Mittel missbraucht, Deutschland, Europa ein Stück weit zu destabilisieren, indem man Flüchtlinge direkt über Belarus und Russland nach Europa zuführt, und deswegen muss hier ein Stoppsignal gesetzt werden.

Grunwald: Wie schätzen Sie denn das Potenzial der Zurückweisungen ein? Von welchen Zahlen können wir da ausgehen?

Throm: Ich kann da nur verweisen etwa auf die Zahlen, die wir im letzten Jahr an der deutsch-österreichischen Grenze hatten. Dort wurden knapp 15.000 Menschen entsprechend zurückgewiesen. Nochmals: Diese Grenzkontrollen hat die Innenministerin gerade erst verlängert. Aber die Zahl der irregulär festgestellten Grenzübertritte ist an der deutsch-polnischen Grenze im letzten Monat, also im April – nur bis dahin liegen momentan die Zahlen vor – doppelt so hoch als an der deutsch-österreichischen Grenze.

Grunwald: Sie sagen, da ist der Druck hoch. – Wenn das mit den stationären Grenzkontrollen, notifiziert in Brüssel, so eine gute Maßnahme ist, wie Sie sagen, warum führt Faeser das nicht einfach ein?

Throm: Das verstehe ich auch nicht, zumal bei der Ministerpräsidentenkonferenz im Bundeskanzleramt, dem sogenannten Flüchtlingsgipfel, wurde genau dieses auch in Aussicht gestellt – vom Bundeskanzler selbst, zugestimmt von 16 Ministerpräsidenten -, dass derartige lageangepasste stationäre Grenzkontrollen stattfinden sollen, wenn ein entsprechender Migrationsdruck vorhanden ist. Dieser ist nochmals an der Grenze zu Polen doppelt so hoch wie an der Grenze zu Österreich, wo wir richtigerweise solche Grenzkontrollen haben. Deswegen ist das Verhalten der Bundesinnenministerin in diesem Fall schlicht widersprüchlich.

Grunwald: Herr Throm, die Union fordert lautstark die Wiedereinführung von Binnengrenzkontrollen. Sie tut das durchaus auch in einem populistischen Ton. Bayerns Ministerpräsident Söder als Beispiel wünscht sich Grenzschutz wie in Bayern in ganz Deutschland und greift dann auf eher rechtsgerichtete Narrative wie die der Autodiebe oder der Drogenschmuggler zurück. Schadet das nicht eher einer nüchternen Debatte darum, wie man illegale Migration bekämpfen kann?

Throm: Nein! Ich glaube, es schadet eher der Debatte, wenn man dieses als populistisch bezeichnet, und es schadet auch ein Stück weit der sachlichen Debatte, wenn in der Bevölkerung der Eindruck entsteht, dass die Politik nicht in der Lage ist, die Situation in den Griff zu bekommen und Möglichkeiten, die es dafür gibt, schlichtweg nicht anwendet. Das ist momentan von der Bundesinnenministerin, von der Bundesregierung der Fall, obwohl – und das will ich nochmals betonen – die Situation an der deutsch-polnischen Grenze sich dramatisch verschlechtert hat und auch von anderen Staaten – ich habe darauf hingewiesen -, Russland und Belarus, missbraucht wird.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.